Antrag 02

an die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien zur Tagung der Vollversammlung am 11.11.2021

der Wahlwerbenden Gruppe

FAIR UND TRANSPARENT

zum Thema

Covid-19 - 3G: Akzeptable Alternativen und das gelindeste Mittel müssen eigenverantwortlich wählbar sein - statt ausschließender "Getestet-Geimpft-Genesen"-Regelungen

Impfzwang für Covid-19 hat jede Partei ausgeschlossen. Screeningprogramme, zu denen Covid-19-Tests gehören, sind im Epidemiegesetz als freiwillig und kostenfrei geregelt (Stand bis zumindest 26.10.2021). FAIR UND TRANSPARENT ist gegen jeden Zwang, Drohung, Ausschlüsse und Einschränkungen, den derzeitige 3/2/1G-"Getestet-Geimpft-Genesen"-Regelungen mit sich bringen würden. Deshalb müssen auch Alternativen, vor allem am Arbeitsplatz und beim AMS, wo es um existenzielle Fragen geht, in Anspruch genommen werden können als das gelindeste Mittel für jeden einzelnen.

Das AK-Team FAIR UND TRANSPARENT beantragt:

Die Arbeiterkammer als die gesetzliche Vertretung aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie arbeitsloser Personen unternimmt alle erdenklichen Schritte – wenn Covid-19-Präventiv-Maßnahmen von der Bundesregierung verordnet werden –, dass zu allen Regelungen, speziell zu den derzeit stra(f)fender werdenden 3/2,5/2/1,5/1-G-"Getestet-Geimpft-Genesen"-Regelungen, auch eigenverantwortlich Alternativen und das für die betreffende Person gelindeste Mittel in Anspruch genommen werden können. Damit jeder Mensch eine für sie/ihn akzeptable Wahlmöglichkeit hat, um Ansteckung zu vermeiden.

Die Arbeiterkammer setzt sich somit in allen Gremien für eigenverantwortlich anzuwendende Alternativen ein, die jedes Mitglied akzeptieren kann, anstatt Zwänge und Drohungen, Einschränkungen und Ausschlüsse durch Verordnungen der Bundesregierung zu akzeptieren, die Test- und Impfpflichten durch die Hintertüre begünstigen.

Die Arbeiterkammer Wien setzt sich in diesem Zusammenhang auch intensiv und mit allen Mitteln dafür ein, dass endlich Medikationen zur raschen und folgenlosen Genesung erkrankter Personen zugelassen bzw. weiterentwickelt werden.

Es fehlt unseres Wissens nach immer noch an Zulassungen solcher Medikamente in der EU. Für die tatsächlich Erkrankten wird von staatlicher und EU-Seite vielleicht zu wenig unternommen. Dies wäre eine Alternative, um Covid-19 den Schreckcharakter zu nehmen und wie andere Krankheiten zu behandeln.

Wir wollen 3/2/1G freiwillig, also müssen dazu auch akzeptable Alternativen in Anspruch genommen werden können als das gelindeste Mittel für jeden einzelnen statt Ausschluss und Zwang.

Begründung:

Die Covid-19-Präventiv-Maßnahmen, vor allem die derzeit stark propagierten und mittlerweile sogar verordneten, sogenannten 3/2,5/2/1G-"Genesen-Geimpft-Genesen"-Regelungen, weiten sich immer mehr in Richtung Druck, Zwang, Einschränkungen und Ausschlüssen aus. Bei Nichtanwendung drohen mittlerweile sogar die zumindest zeitweilige Entziehung von Lebensgrundlagen wie Job, Lohn/Gehalt oder Arbeitslosengeld/Notstandshilfe und somit gegebenenfalls Existenz-Gefährdung.

Damit wäre nicht nur das Grundrecht nach Erwerbsfreiheit beschnitten, sondern es würden ganz bewusst tiefe Einschnitte in die Existenzgrundlagen der Menschen vorgenommen in einer Zeit, wo laufend falschpositive oder falsch-negative Testergebnisse und aktuell so viele Impfdurchbrüche, wo Menschen trotz Vollimmunisierung auch relativ schwer an Covid-19 erkranken, zu verzeichnen sind. Dies darf jedoch in einer österreichischen Republik, die Grundrechte der Menschen vertritt, nicht einreißen!

Alle Parteien haben sich ursprünglich gegen eine Impfpflicht ausgesprochen, jetzt soll sie offensichtlich über Verordnungen und Gesetze kommen. Die "Getestet-Geimpft-Genesen"-Regelungen sollen ganz klar Druck und Zwang erzeugen. Damit wird eine Impfpflicht eigentlich schon nicht mehr durch die Hintertür, sondern durch die Vordertür erzeugt. Dies ist absolut abzulehnen, weil das elementare Menschenrecht auf die Selbstbestimmung über den eigenen Körper verletzt wird.

Eine starke Arbeitnehmervertretung, die für alle ihre Mitglieder gleichermaßen eintritt, wird dafür Sorge zu tragen wissen, dass Testungen und Impfungen freiwillig und kostenlos bleiben, wie es das Epidemiegesetz auch vorsieht. Sie wird unumwunden gegen Zwänge, Drohungen, Entzügen oder Ausschlüssen von Mitgliedern eintreten!

Eine starke Arbeiterkammer wird sich deshalb rasch und intensiv einsetzen, dass jeder Mensch eigenverantwortlich akzeptable Alternativen in Anspruch nehmen kann und das für ihn/sie gelindeste Mittel wählen kann - auch um Spaltungen unter den ArbeitnehmerInnen und in der Gesellschaft zu vermeiden. Dies ist eine absolute Notwendigkeit!

Alternativen für eigenverantwortliches Handeln von Menschen und Unternehmen zur Pandemieeindämmung - ohne Eingriffe in den Körper und Freiheitsbeschränkungen gibt es viele - wie Abstandsmarkierungen, Plexiglaswände, Belüftungsmethoden, Körpertemperaturmessungen, digitale Teilnahmen, usw. Damit sind Zwänge zu innerkörperlichen Testungen, Impfungen und anderer vorbeugender Medikationen nicht notwendig, um Ansteckungsrisiken jeglicher Art zu minimieren.

Die derzeit verordneten Testungen bieten keinen vollständigen Schutz vor Ansteckung, Weiterverbreitung und Erkrankung, genauso wie die hochbeworbenen Impfungen. Fix ausgeschlossen ist jedoch nicht, ob sie keinen gesundheitlichen oder datenschutz-rechtlichen Schaden anrichten können. Viel Plastikabfall und gefahrene Kilometer sind jedenfalls damit verbunden.

Somit sind Druck und Zwänge zu "Getestet-Geimpft-Genesen"-Regelungen oder ähnlich bevormundende Covid-19-Maßnahmen, und schon gar nicht Job- oder Einkommensverluste, nicht begründbar. Sie entsprechen auch nicht fairen und transparenten Grundsätzen.

Immer mehr besorgte Anfragen und Kommentare erreichen uns, weil die Gruppe FAIR UND TRANSPARENT von Beginn an für Freiwilligkeit und gegen negative Konsequenzen bei Nicht-Anwendung eingetreten ist, vergleiche unsere Anträge in der Vollversammlung vom 11.11.2020, Antrag 08 und 5.5.2021, Antrag 03. Entsprechende Kommentare und Leserbriefe häufen sich auch in den Medien, wegschauen geht nicht mehr.

Auch innerhalb der Arbeiterkammer gibt es gewichtige kritische Stimmen. Die Arbeiterkammer Oberösterreich zeigt sich auch äußerst besorgt über die neue Verordnung der Bundesregierung, siehe https://ooe.orf.at/stories/3123959/.

FAIR UND TRANSPARENT hatte bereits frühzeitig in Ausschusssitzungen der Arbeiterkammer Wien darauf hingewiesen, dass die Daten- und Faktenlage als nicht ausreichend und nachvollziehbar erscheint und im Sinne aller AK-Mitglieder in allen Richtungen neutral geprüft werden sollte. Mittlerweile hat der Verfassungsgerichtshof eine Reihe früherer Covid-19-Bestimmungen als gesetzeswidrig erachtet. Genau deshalb sind Alternativen, die von jedem Mitglied akzeptiert werden können, die nicht rigoros in die Freiheiten des einzelnen eingreifen und keine Eingriffe in den Körper erfordern, unbedingt von der gesetzlichen Institution Arbeiterkammer zu forcieren und umzusetzen.

Auch in Bezug auf die riesigen Mengen persönlicher und medizinischer Daten, die vor allem aufgrund der Getestet-Geimpft-Genesen-Regelungen gespeichert werden müssen, sind Alternativen dringend erforderlich.

Faktum ist leider, dass derzeit auch bei der Arbeiterkammer Wien für Beratungen, Veranstaltungen, Pressekonferenzen und sogar in der Vollversammlung "Getestet-Geimpft-Genesen"-Regelungen aufgestellt werden. Auf diese Art werden Mitglieder und sogar gewählte Kammerräte, die sich aus diesen Regelungen nicht unterwerfen können oder wollen, ausgeschlossen, auch aus demokratischen Beschlussfassungen und Wortmeldungen. Was dies heißt, wenn nur noch Gleichdenkende wählen und sich zu Wort melden dürfen, liegt auf der Hand und ist aus der Vergangenheit bekannt.

Das Epidemiegesetz 1950 spricht sich in der gegenwärtigen Fassung vom 21.10.2021 § 5a Abs. 3 zu Screeningprogrammen, zu denen auch die Covid-19-Testungen gehören, klar für Freiwilligkeit aus: "Screeningprogramme gemäß Abs. 1 sind unter größtmöglicher Schonung der Privatsphäre der betroffenen Person durchzuführen. Die Teilnahme ist freiwillig und unentgeltlich."

In einem **Offenen Brief** wandten wir uns bereits am 05.10.2021 an die Arbeiterkammer Wien zu den Sozialpartner-Verhandlungen **mit der klaren Aufforderung nach Freiwilligkeit und Alternativen zu 3G am Arbeitsplatz, siehe www.fairundtransparent.at.**

Über diesen Antrag an die Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien verstärken wir diese Aufforderung noch einmal als dringendes Gebot der Stunde. Weil eine gesetzliche Institution der Arbeitnehmervertretung für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einzutreten hat.

Auch wenn die 3G-Regel am Arbeitsplatz freiwillig ist und Alternativen ergriffen werden können, so sind auch weitere Punkte noch von der Arbeiterkammer umzusetzen:

- Die Möglichkeit zur Durchführung von Testungen in der Arbeitszeit muss gewährleistet und für die ArbeitnehmerInnen kostenfrei sein.
- Testen am Wochenende, um am Montag ein gültiges Ergebnis zu haben, ist für Pendler außerhalb Wiens oft schwerer, die Rahmenbedingungen sind zu verbessern.
- Die UnternehmerInnen sollen in Bezug auf Testungen und Impfungen keinen Druck oder Zwang auf ArbeitnehmerInnen ausüben dürfen.
- Es darf keine Kündigung wegen 3G-Regelungen geben, wenn keine für den/die Arbeitnehmer/in akzeptable Alternative angeboten wird.
- Es ist von ArbeitgeberInnen alles zu unternehmen, um Bloßstellungen, Spaltungen der Belegschaft und Verschlechterungen des Betriebsklimas wegen Covid-19 entgegenzuwirken!

Gehen wir gemeinsam den Weg, dass jedes von der Arbeiterkammer vertretene Mitglied die Wahl für das gelindeste und für sie/ihn akzeptable Mittel hat und eigenverantwortlich auch Alternativen in Anspruch nehmen kann, um Ansteckung für sich und andere zu vermeiden, anstatt Zwänge und Drohungen zu akzeptieren, die Test- und Impfpflichten durch die Hintertüre und Spaltungen in der Belegschaft und in der Gesellschaft begünstigen. ■